



Runder Tisch gegen Kinderarmut

Erklärung des Runden Tisches Kinderarmut (RTKA) zur Liste der Stadtverwaltung Bonn „Konsolidierungsbeiträge zur Reduzierung des Haushaltsdefizits“

Der RTKA nimmt mit Empörung zur Kenntnis, dass in der Liste der anvisierten Sparmaßnahmen Sparvorschläge enthalten sind, die klaren Wahlversprechen widersprechen und ist besorgt über die zu erwartenden Auswirkungen.

Die finanzielle Lage der Stadt ist extrem angespannt. Der RTKA kann nicht die anstehenden finanziellen Probleme lösen, bezieht aber Position für die grundlegenden Interessen armer Kinder und Familien in Bonn.

Die vorgelegten Kürzungsvorschläge reduzieren auf vielfache Weise für benachteiligte Menschen in Bonn die Chancen auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Zu Recht hat jüngst das Bundesverfassungsgericht gerade dieses Teilhaberecht als grundlegenden Aspekt der Würde jedes Menschen betont.

Wer Kinderarmut bekämpfen und nicht vergrößern will, darf nicht:

- die OGS Plus abschaffen:

Die vorgesehene Streichung von rund 700.000 Euro pro Jahr bedeutet die Beseitigung der unbedingt notwendigen individuellen Förderung armer Kinder in einigen OGSen.

- die so genannten „freiwilligen Zuschüsse“ in der Förderung der Wohlfahrt um 300.000 Euro kürzen:

Es ist bisher nicht zu erfahren, welche Zuschüsse davon betroffen sind. Wir befürchten, dass es auch hier um die Interessen von Kindern und Familien gehen könnte.

- den Bonn-Ausweis abschaffen:

Vergünstigungen bei der Mobilität im Nahverkehr, kostenfreie Schulmilch/Frühstück für Grundschüler, Mittagessen für Kinder in der OGS, Verwaltungsgebührenbefreiung, reduzierte Kindertagesstättenbeiträge, sowie weitere Hilfen - gerade die Bonn-Ausweis-Leistungen kommen eindeutig den Menschen zugute, die darauf angewiesen sind.

- Millionen beim Ausbau der U3-Betreuung in den Kitas einsparen wollen

Gerade die U3-Betreuung muss unbedingt ausgebaut werden, weil hier benachteiligte Kinder sehr früh gefördert werden können. Und demnächst gibt es einen Rechtsanspruch auf diese Betreuung.

- die Sanierung maroder Schulgebäude stoppen

Die Schulen sind teilweise in katastrophalem baulichem Zustand. Bildung setzt auch ordentliche Klassenräume und sanitäre Anlagen voraus.

Der RTKA fordert die Verwaltung und die im Rat vertretenen Parteien auf, diese Punkte aus der Streichliste herauszunehmen.

2. März 2010